

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

10.3.1865 (No. 59)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. März.

N. 59.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Karlsruhe, den 9. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschiedenheit aus großh. Staatsministerium vom 4. d. M. gnädigst geruht:

der auf den Professor Dr. von Babo gefallenen Wahl zum Prorektor der Universität Freiburg für das Studienjahr von Ostern 1865 bis dahin 1866 die höchste Bestätigung zu ertheilen;

den Medizinalrath Fuchs in Heidelberg, ordentliches Mitglied des Obermedizinalraths, nach Karlsruhe zu versetzen, mit der Obliegenheit, zugleich an der landwirtschaftlichen Schule des Polytechnikums veterinärwissenschaftliche Vorlesungen zu halten;

dem Assistenten- und Baderarzt Friedrich Feyerslin in Nipoldsau den Charakter als Medizinalrath zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 8. Febr. (W. L. B.) In der Sitzung des Finanz-ausschusses von heute Abend berichtete der Abg. Herbst im Namen der Unterkommission über die Beratungen dieses Komitees und über die von demselben gestellten Anträge. Der Regierungsvorredner, Hr. Meserly, stellt die Alternative der Annahme oder Ablehnung des Regierungsvorschlags und erklärt, die Regierung werde im Fall der Ablehnung keinen Vertreter zu den Beratungen des Ausschusses schicken. Zugleich macht er der Unterkommission zum Vorwurf, daß dieselbe keine Anträge bezüglich der Bittentstellung habe. Hierauf entsandte sich der Vertreter der Regierung. Der Finanzausschuß nahm sodann mit 17 gegen 12 Stimmen den Antrag des Abg. Kinsky an, dem Abgeordnetenhaus vorzuschlagen, es möge über den Antrag von Brints zur Tagesordnung übergehen. Ebenso wurde der Antrag der Unterkommission, das Budget für 1866 möge einem Sechshund-dreißiger-Ausschuß zugewiesen werden, welcher nach Erledigung des Finanzgesetzes für 1865 berichten soll, angenommen. Bei der fortgesetzten Beratung des Kriegsbudgets wurde der Antrag von Brest und Eißelsberg auf Abstrich von 17 1/2 Millionen mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

Wien, 9. März. Unterhaus. Grocholski interpellierte das Ministerium wegen des Notstandes in Galizien. Staatsminister v. Schmerling erwiderte, die Regierung habe bereits die nötigen Weisungen erlassen. Sodann beantwortete derselbe die Interpellation Gistra's in Betreff des Belagerungszustandes in Galizien. Die Regierung halte an der Ansicht fest, daß die Verhängung des Belagerungszustandes eine Maßregel der Exekutive sei, zu deren Rechtfertigung § 13 der Verf. nicht verpflichtet, anerkenne übrigens hier eine Miste in der Gesetzgebung, und sei bereit, zu dem Zustandekommen eines Gesetzes über den Belagerungszustand die Hand zu bieten. Ferner theilt der Staatsminister mit, unterm 3. d. M. sei eine kaiserl. Entschliessung erfolgt, wodurch das Aufheben des Belagerungszustandes in Galizien auf den 18. April angeordnet wird.

Karlsruhe, 5. März. (Wintervorlesung. Fortsetzung.) Godey und die Königin verstanden wohl den Sinn dieser Maßnahmen und beschloßen sich schon seit Dezember mit dem Gedanken, nach Amerika zu fliehen; aber der arglose König wies solche Pläne mit Entrüstung zurück, schrieb einen Brief voll Hingebung an Napoleon und wiederholte seinerseits die Bitte Ferdinand's um die Hand einer französischen Prinzessin. Napoleon ließ dieses Schreiben über einen Monat unbeantwortet und gab dann die trodene Antwort, er fühle sich durch den Wunsch des Königs sehr geehrt; ehe er sich aber darüber erklären könne, müsse er wissen, ob der Prinz, der von dem Monarchen noch vor kurzem so schwerer Verbrechen angeklagt worden sei, auch die vor Allem nothwendige Verzeihung seiner königlichen Eltern erlangt habe.

Noch bevor dieses Schreiben in die Hände des Königs kam, schlugen die französischen Truppen, welche bisher den Schein gewahrt hatten, als stehe ihre Bewegung mit der Okkupation Portugals in Verbindung, plötzlich eine Richtung ein, welche nach der spanischen Hauptstadt führte, und zugleich wurde das französische Heer auf die ungeheure Stärke von 900,000 Mann gebracht; aber dies Alles bewirkte bei Karl IV. keinerlei Gegenmaßregeln, wie sie Napoleon gewünscht hätte. Am 5. Febr. schrieb vielmehr der König einen neuen Brief, worin er ihn unter ängstlichen Ergebnissberathungen um Eröffnung der kaiserlichen Absichten bat, während zugleich Godey's geheimer Agent Zquerdo, der seit Jahren die wichtigsten Verhandlungen geführt hatte, des Kaisers Pläne erforschen und jeder Feindseligkeit um jeden Preis vorbeugen sollte. Die Nothwendigkeit, endlich sein Schweigen zu brechen, wurde für Napoleon immer dringender. Wohl waren die Spanier von einer wunderbaren Schwärmerie für ihn erfüllt, und diese war noch dadurch bekräftigt worden, daß man ihm die Vereitelung von Godey's argen Plänen gegen Ferdinand zuschrieb; aber der Kaiser wußte recht wohl, daß er all diese Sympathien durch einen Stoß gegen die alte Monarchie sofort verschmerzen würde. Er

Berger und 75 Genossen bringen einen Gesetzentwurf ein, den § 13 dahin erläuternd, daß jede auf Grund dieses Paragraphen getroffene Regierungsmaßregel außer Wirksamkeit trete, wenn sie nicht die Genehmigung des Reichsraths erhalte.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Reduktion der Silberanleihe vom Jahr 1864 auf 62 1/2 Millionen, wird nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. März. Ein hochgeachteter Staatsmann unseres Landes wird auf eine Weise, für welche sich nicht entfernt eine thatsächliche Ursache finden läßt, mit der Partei in Verbindung gebracht, welche eine lärmende Agitation gegen die Gesetze unseres Landes versucht hat. Der frühere Präsident des Ministeriums des Innern hat zu viele Ansprüche auf die Achtung und Dankbarkeit des Landes sich in langjährigem Wirken erworben, und sein Charakter liegt zu offen da, als daß sich das Heranziehen seines Namens für etwas Anderes als für eine böswillige Erfindung halten läßt. Was gerade die Stellung des Frhr. v. Stengel in der Schulfrage betrifft, so darf als bekannt angenommen werden, daß sein festes Ausreten in dieser Frage bei den Konfessionsverhandlungen bewirkt hat, daß zu Rom der rein staatliche Charakter der Volksschule und die Beschränkung des geistlichen Regiments auf die Leitung des Religionsunterrichts anerkannt wurde.

Karlsruhe, 9. März. Der Verfasser der Korrespondenzen der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, welche wir in diesen Blättern wiederholt zu besprechen uns veranlaßt fanden, kommt in ihrer Nummer vom 6. d. M. auf unsere Erwiderung vom 1. zurück und führt Bedingungen an, unter denen derselbe sein Incognito einem Mitglied des großherzoglichen Staatsministeriums gegenüber, das er für unsere Artikel verantwortlich machen zu wollen scheint, ablegen will.

Dem Korrespondenten der „Allgem. Zeitung“ konnte nicht entgehen, daß dem Verlangen nach vorgängigen Zusagen und Garantien, wie er es stellt, nicht entsprochen werden kann. Vielmehr dürfte es die unzweideutige Pflicht jedes öffentlichen Beamten sein, vorkommenden Falles die Verfolgung der Verfasser ähnlicher Angriffe auf die Ehre des Staats und der Regierung dem Gesetz und den Gerichten anheimzugeben. Nach der Auffassung unmöglich zu erfüllender Aufzinnen muß wohl darauf verzichtet werden, der öffentlichen Beurteilung einen Namen überweisen zu lassen, welcher den traurigen Vorzug genießen würde, mit der größten Entstellung der Zustände unseres Landes verbunden zu sein.

Was die Bezugnahme der fraglichen Korrespondenz auf einen Vorgang in Betreff des Prof. Schäffle angeht, so hat letzterer bereits in der „Allg. Ztg.“ selbst dagegen sich verwehrt. Unseres Wissens ist das gelehrte Mitglied der württembergischen Kammer weder mit der Redaktion der „Karlsruher Zeitung“, noch mit der badischen Regierung je in einen Konflikt gerathen.

Frankfurt, 9. März. Dem Vernehmen nach ist der österr. Bundespräsidentalegeandte, Frhr. v. Kück, nach Wien berufen worden, und wird morgen dorthin abreisen.

Stuttgart, 8. März. (Sch. M.) In dem Gebäude des Finanzministeriums hat gestern der erste Zusammentritt

der Konferenz für den Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem Zollverein und der Schweiz stattgefunden. Vertreten ist der Zollverein durch Bevollmächtigte von Bayern (Oberzollrath Widmann), von Württemberg (Geh. Legationsrath Graf Zepelin, Oberregierungs-rath Dr. Jäger, und Finanzrath Kieck), und von Baden (Ministerialrath Schmidt); die Schweiz durch Ständerath Stähelin-Brunner von Basel, Nationalrath Dr. Heer von Glarus, und den schweizerischen Generalkonsul Hirzel-Lampe von Leipzig.

Darmstadt, 7. März. Die „Darmst. Ztg.“ schreibt: Die in mehreren Blättern enthaltene Nachricht, daß die großh. Regierung mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Erhöhung des Postlehn-Kontrahats verhandelt, ist richtig; unrichtig aber ist, daß hierbei Seitens der Regierung nur ein Äquivalent für das von dem Fürsten bisher entrichtete Chausseegeld ins Auge gefaßt sei. Vielmehr handelt es sich, wie wir hören, überhaupt um Beseitigung des zwischen dem Kanon und dem Postvertrag bestehenden Mißverhältnisses.

Wiesbaden, 7. März. (Fr. Z.) Dem Prokurator Dr. Lang, Abgeordneter unserer Hauptstadt, wurde in diesen Tagen durch seine Wähler auf solenne Weise ein prachtvoller Ehrenbecher überreicht, zum Beweis der Anhänglichkeit und der Anerkennung seiner bisherigen Wirksamkeit. — Am Sonntag hatten sich wohl 1000 Mitglieder der Fortschrittspartei in Castell versammelt, um sich durch persönlichen Meinungsaustausch über die obshwebenden Tagesfragen und das fernere Verhalten zu verständigen. Man war allseits guten Muthes und des festen Willens, den entbrannten Kampf durchzuführen.

Luzern, 5. März. (Köln. Z.) Die außerordentliche Session der Kammer ist gestern geschlossen worden, nachdem die von der Regierung behufs des Ausbaues der Nordlinie geschlossene Konvention mit einer großen Stimmenmehrheit angenommen worden war. Bloß drei Stimmen erhoben sich dagegen.

Weimar, 7. März. (Fr. Z.) In der fortgesetzten Budgetverhandlung der geistlichen Landtags-Sitzung kam die Neuforderung von 4500 Thlrn. zur Erhöhung der Minimalbesoldung der Geistlichen zur Beratung. Der Ausschluß hatte die Ablehnung beantragt, Abg. Bergfeld einen Vermittlungsantrag, der Regierung 3000 Thlr. zur Verfügung für jenen Zweck zu stellen, eingebracht. Obwohl Geh. Rath v. Wisingerode den Bergfeld'schen Antrag empfohlen und sich dahin geäußert, daß die Regierung die Einführung der Synodalverfassung nicht aus dem Auge verliere, wurde der Antrag Bergfeld's, sowie die Forderung der Regierung abgelehnt. Fries und Hering hoben hervor, daß der Landtag da nicht mit thaten könne, wo er nicht mit rathen solle, wie dies in kirchlichen Angelegenheiten der Fall sei. Der Landtag begründete seinen Beschluß, daß die Regierungsvorlage nicht so spezialisiert sei, um einen Einblick in die Gehaltsverhältnisse der einzelnen Geistlichen zu verstaten.

Hamburg, 7. März. (D. n. H.) Wir haben über die hier eingelegte Preisen-Untersuchungskommission, ihre Zusammensetzung aus 7 Mitgliedern und ihre Wirksamkeit, welche sich auf nur 22 Preisen erstreckt, bereits früher berichtet. Trotz angestrenzter Thätigkeit des Untersuchungsrichters, Hauptmanns Auditor Wirtinger, wie der übrigen

Ränke schmiede, hatte sich nämlich, sobald er ernste Gefahren witterte, sofort unter die Flügel des Kronprinzen geteilt, welcher von ihm kurz vorher als des Todes würdig bezeichnet worden war. Als die Sachen eine andere Wendung nahmen, bereitete er im tiefsten Geheimniß Alles vor, um Godey vollends zu Falle zu bringen, und jetzt schien ihm der Augenblick gekommen, die Maske abzuwerfen. Die Aufregung gegen den Günstling hatte den höchsten Grad erreicht; der Rath von Castilien hatte gegen den Fluchtplan mit Entrüstung Protest erhoben und wußte, daß der Kronprinz Ferdinand, voll Vertrauen auf Napoleon's Freundschaft, mit den meisten Gliedern der königlichen Familie entschlossen war, Aranjuz nicht zu verlassen, und so erklärte er sich denn mit der größten Entschiedenheit gegen die Flucht und verweigerte die Ausfertigung der Befehle, die Godey dazu nötig hatte. Es kam zu lautem Streit, und die seitherigen Frevelgenossen trennten sich als Feinde. Das Vorhaben wurde bekannt, und Godey und mit ihm die Königin sah sich bald von einer furchtbaren Volksaufregung bedroht. Godey ließ deshalb am Morgen des 16. März eine königliche Proklamation anschlagen, welche die Absicht, sich von dem getrauen Volke zu entfernen, auf's bestimmteste läugnerte. Das Volk, den Worten seines Königs Glauben beimessend, ließ Karl IV. hoch leben, forderte aber den Tod des Günstlings. Mittlerweile vorbereitete sich die Flucht nach Madrid, und als am 16. und 17. März die Gärten nach Aranjuz abzogen, begleitete dieselben ein unermeßlicher Menschenschwarm und erfüllte die sonst so stille Frühlingstreibung mit tobendem Lärm. Alle Soldaten, Bürger und Bauern waren darin einig, daß der Fluchtplan von dem Günstling ausgehe, welcher sich in Spanien nicht mehr halten könne und nun das Land von Amerika aus zu regieren vorhabt. (Schluß folgt.)

— An Stelle des Prof. Demme in Bern, der in Folge der traurigen Vorgänge mit seinem Sohn seine Professur der Chirurgie niedergelegt hat, ist der Dozent und Assistent an der Langensölden'schen Klinik, Dr. Kück in Berlin, berufen worden.

Kommissionsmitglieder, verzögerte sich die Untersuchung bedeutend dadurch, daß die Zeugenvernehmungen nur theilweise hier am Platz, theilweise aber, da inzwischen die allirte Flotte und das Heer, von welchem das 9. Jägerbataillon einen namhaften Antheil an der Kaptur nahm, in die Heimath aufgebroschen waren, auf Requisition in Bremerhaven, Cadix, Pola, in Wien und Kiel abgehalten werden mußten. Einen weitem Aufschub erlitt die Untersuchung auch dadurch, daß ein ursprünglich der schleswig'schen Zollbehörde wieder ausgeliefertes eisernes Eider-Leuchtschiff nachträglich von der Kommission wieder als Prife reklamirt wurde, worüber die Unterhandlungen erst zwischen Wien, Berlin und den Zivilkommissären in Flensburg zu führen waren. Nach zuverlässigen Mittheilungen hat das Preisgericht jetzt seine Sitzungen zu Ende gebracht und wird die erwachsenen Akten demnächst an das Oberlandesgericht zu Triest senden.

Hendenburg, 6. März. Die „Kiel. Ztg.“ meldet: „Dem Vernehmen nach hat der heute hier versammelt gewesene neue Ausschuss des schleswig-holsteinischen Vereins beschlossen, das Bureau nach Altona zu verlegen, D. G. Advokat Jessen zum Vorsitzenden, Redakteur May zum Schriftführer, und Hrn. Semper zum Kassier zu ernennen, die Koordination der fünf Mitglieder aber auf die nächste Sitzung zu verschieben. Es bestätigt sich, daß die H. H. Hansen-Grumby, Kallsen-Flensburg und Raben-Appenrade die Wahl in den Ausschuss abgelehnt haben.“

Berlin, 8. März. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Antwort des Wiener Kabinetts auf die preussische Depesche vom 23. Febr. in Berlin angekommen ist; doch war dieselbe, wie man versichert, bis heute Mittag nicht im auswärtigen Amt übergeben, vielmehr noch im Besitz der österreichischen Gesandtschaft. Was diejenigen Ansprüche Preußens angeht, die sich auf den Erwerb der Territorialhoheit über einzelne Punkte der Herzogthümer beziehen, so ist die Tendenz und der Umfang derselben in Zeitungsnachrichten sehr übertrieben worden. Nach der „Zeld. Korr.“ beansprucht Preußen in Wahrheit folgendes: Erstens die Territorialhoheit über eine kleine Küstenstrücke auf beiden Seiten des Alsenjundes, wo Befestigungen anzulegen und aus den preussischen Arsenalen zu armiren sein würden; sodann die Territorialhoheit nicht über die Gelände des deutsch-baltischen Kanals, sondern über die am Ausgang und Eingang des Kanals belegenen Punkte, die ebenfalls durch starke Befestigungen gegen jeden feindlichen Angriff zu schützen sind; endlich drittens hält Preußen es für unumgänglich, daß es die Territorialhoheit über einen Punkt am Ausgang des Kieler Hafens erwerbe, von welchem aus die Besignahme dieses Hafens durch eine feindliche Flottenmacht verhindert werden kann. Mit Rücksicht auf die sonstigen maritimen und militärischen Ansprüche Preußens fügt das genannte Organ noch an, daß der Eintritt schleswig-holsteinischer Seeleute in die preussische Flotte verlangt werde und daß, um der Bundeskriegsverfassung zu genügen, dem künftigen Souverän Holsteins die Befugniß, ein selbständiges Bundeskontingent zu halten, vorbehalten sei.

Es bestätigt sich nicht, daß der Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollverein so weit gediehen sei, um schon heute oder in den nächsten Tagen unterzeichnet zu werden. — Hr. v. Wagner, der preussische Gesandte am griechischen Hofe, tritt heute seine Reise nach Athen an. — Die „Provinzialkorresp.“ meldet: Der Plan zur Gründung einer Flotte werde dem Hause nächstens vorgelegt werden. Die Regierung glaube die Kosten aus den regelmäßigen Staatseinnahmen bestreiten zu können; eine Anleihe werde nicht erforderlich sein.

Berlin, 8. März. Der Hauptgegenstand der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war der Bericht der Gemeindefunktion über die Petitionen der Stadtverordneten zu Breslau und des Magistrats zu Bromberg.

Beide haben zum Gegenstand Beschwerden über das Restrikt des Ministers des Innern vom 6. Juni 1863, betr. das Einschreiten gegen geschwundene Kundgebungen städtischer Behörden. Unter'm 1. Juni 1863 wurde bekanntlich wenige Tage nach Schluss des Landtags die später wieder aufgehobene Preßverordnung, welche das Verwarnungssystem in Preußen einführt, erlassen. Infolge dessen beschloß die Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin, eine Petition an den König zu richten und mit Rücksicht auf die durch diese Verordnung im Widerspruch mit der Verfassung eingeführten Beschränkungen der Presse zu bitten, daß durch schnelle Berufung des Landtags die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes herbeigeführt werden möge. Das Restrikt des Ministers des Innern vom 6. Juni 1863 hatte, weil solche Beschlüsse, welche Adressen, Entsendung von Deputationen und Kundgebungen über Angelegenheiten der Verfassung, des Landtags und der allgemeinen Politik, insbesondere auch über den Erlaß der Preßverordnung zum Gegenstand haben, nach der Ansicht des Ministers gesetzlich der Befugniß der Stadtverordneten-Versammlung entgegen wären, die Gemeinde-Aufsichtsbehörden aufgefordert, solche Beschlüsse mit aller Entschiedenheit zu verhindern und zu dem Zweck die Regierung auf die ihnen aus § 48, Nr. 2 der Verordnung vom 26. Dez. 1863 zustehenden Exekutionsmittel gegen die Stadtverordneten-Vorsteher und deren Stellvertreter zu verweisen. Als demnächst zur Kenntniß der königl. Regierung zu Breslau gelangt war, daß in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag auf eine Adresse im gedachten Sinn beabsichtigt werde, forderte sie den Stadtverordneten-Vorsteher Justizrath Simon unter Androhung von 100 Thalern Geldbuße auf, die Verhandlung über eine solche Adresse nicht zu dulden. Hr. Simon hatte indeß die Verabreichung einer Petition an den König zugelassen, und war in die angeordnete Geldstrafe genommen, und für jeden weiteren Uebertretungsfall mit einer neuen Geldstrafe von 100 Thalern bedroht worden. In einer andern Sitzung hatte die juristischer Deputation Bericht erstattet, und es war ihr auf Antrag des stellv. Vors. Vätermeisters Ludwig der Dank der Versammlung ausgesprochen worden. Auch gegen Ludwig verhängte die Regierung zu Breslau dieserhalb eine Ordnungstrafe von 100 Thalern, ebenso eine zweite von 100 Thalern gegen Simon, weil er sich an der Beratung betheiligte habe. Zugleich erklärte eine Verfügung der Regierung das Verfahren der Stadtver. für ungesetzlich, und sprach die Erwartung aus, daß die Versamm-

lung nicht durch ein fortgesetztes ungesetzliches Verfahren ein weiteres strenges Einschreiten der Aufsichtsbehörden nöthig mache. Auf ihre Demonstration gegen diese Regierungsverfügung, sowie auf ihre Beschwerden bei dem Oberpräsidenten und darauf bei dem Minister des Innern wurde die Stadtverordneten-Versammlung abschlägig beschieden. Auch der Magistrat zu Breslau hatte den Beschluß der Stadtverordneten für ungesetzlich erklärt. — Dem Magistrat von Bromberg waren Exemplare des Zirkularrestripts vom 6. Juni 1863 von der Regierung zu Bromberg zugesandt worden, mit der Weisung, eines derselben dem Stadtverordneten-Vorsteher vorzulegen, sowie auch etwaige Zuwiderhandlungen anzuzeigen. Der erste Weisung gab der Magistrat Folge, remonstrirte aber mit den Stadtverordneten gegen den Inhalt des Restripts bei dem Minister des Innern. Der Minister wies die Vorstellung als unbegründet zurück. Der Magistrat richtete darauf eine Petition an die Kammer, welche nicht zur Erledigung im Plenum gelangte. In der jetzigen Session wiederholte er die Petition. — Beide Petitionen (aus Breslau und Bromberg) sind gerichtet auf Aufhebung des Restripts vom 11. Juni 1863, bezw. Feststellung der Befugniß der Gemeindebehörden, auch Adressen über Gegenstände allgemeinen politischen Inhalts an die Krone richten zu können; auch möge das Haus konstatiren, daß den Regierungen eine Disziplinargewalt über die Stadtverordneten-Versammlung nicht zustehe.

Der Regierungsrath Klotzmann hielt (in der Kommission) die Verfügungen der Regierung zu Breslau für gerechtfertigt, weil es sich darum gehandelt habe, dem Versuch einer übereinstimmenden Agitation verschiedener Städte gegen die Staatspolitik der Landesregierung entgegenzutreten. Anlaß und Erfolge haben die Verfügungen gerechtfertigt und die Staatsregierung werde an ihrem Standpunkt festhalten. In der Sache selbst ist die Staatsregierung der Ansicht, daß Staats- und Verfassungsangelegenheiten nicht innerhalb der Kompetenz der städtischen Behörden liegen. Nach § 35 der Städteordnung können nach Ansicht der Regierung solche Angelegenheiten der Verwaltung der Stadtverordneten nur unterzogen werden, wenn sie diesen durch besondere Gesetze oder Spezialaufträge der Aufsichtsbehörden zugewiesen sind. Auch auf das Petitionsrecht erstreckte sich diese Kompetenzbeschränkung, denn Art. 32 der Verfassung gestatte Behörden und Korporationen nur unter einem Gesamtamen zu petitioniren, also nur in den Grenzen ihres Mandats. Diese Grenze sei von den Stadtverordneten im vorliegenden Fall überschritten worden. — Die Kommission schließt sich der Ansicht der Petenten an und beantragt beide Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Hübner spricht in ausführlichem Vortrag gegen den Antrag der Kommission. Ihm folgt Abg. Laßwitz, welcher den Kommissionsantrag warm verteidigt. Der Minister des Innern, Graf Gulemburg, ist inzwischen eingetreten; an seiner Seite befindet sich als Kommissar der Geh. Reg. Rath Ribbed. (Die Sitzung dauert noch fort.)

Wien, 7. März. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „Die österreichische Antwort auf die preussischen Propositionen vom 23. Febr. stellt der Einführung des Sugeränztätigkeitsverhältnisses in den Herzogthümern, sowie deren Annexion einen, der Sache nach entschiedenen Widerspruch entgegen; in der Form aber sucht sie eine Wendung zu finden, welche wenigstens den Versuch gestattet, den Faden der Verhandlung weiter zu spinnen. Im Uebrigen ist die österreichische Erklärung getragen von dem Gedanken, daß Oesterreich in den Herzogthümern genau dieselbe Stellung einnimmt wie Preußen; daß keine von beiden Mächten in der schleswig-holsteinischen Frage eine selbständige Politik zu verfolgen vermag; daß endlich der Art. 3 des Friedensvertrags unmöglich dahin zu deuten sei, Preußen ein Väterrecht in den Herzogthümern zuzusprechen.“

Wien, 7. März. Dem Vernehmen nach ist an den Grafen Karolyi die Weisung ergangen, dem Berliner Kabinet gegenüber, gestützt auf die betreffenden Berichte des diesseitigen Kommissärs in den Herzogthümern, Einsprache gegen eine Tendenz zu erheben, welche sich in einer Reihe einseitiger Verfügungen der letzten Zeit darzustellen scheine und welche nur auf einer vollständigen Verkennung des Wahses der beiderseitigen Rechte beruhen könne. Es ist der Ueberzeugung, daß ein solches Vorgehen des preussischen Kommissärs den Absichten seiner Regierung vollständig fremd sei, gleichzeitig aber der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Regierung in geeigneter Weise Sorge tragen werde, der Stellung, die zu behaupten Oesterreich eben so sehr das Interesse wie das Recht habe, dieselbe Würdigung und Rücksicht zu sichern, welche Oesterreich seinerseits der Stellung Preußens jederzeit und in vollem Maß habe zu Theil werden lassen.

Wien, 8. März. Die „Wien. Abendpost“ bemerkt auf das entschiedenste die Meldung der Londoner „Morningpost“, wonach Rußland die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in Galizien bis zur Durchführung der beabsichtigten Einverleibung Polens verlangt haben sollte.

Italien.
Turin, 3. März. (Röm. Kor.) Der Empfang, welcher dem König in Mailand zu Theil wurde, war, wie ich als Augenzeuge versichern kann, ein überaus begeisterter. An und für sich ist die Mailänder Bevölkerung eine lebhaftere und beweglichere, als die hiesige; und während hier derartige Kundgebungen in Zurufen und starkem Andrang von Personen bestehen, äußern sie sich in Mailand durch Blumenwerfen, Wehen von Tüchern und Bändern u. dgl., die denn auch in Menge an jenem Tage zum Vorschein kamen. Der Wagen des Königs war mit Blumen und Kränzen völlig bedeckt, und seine Adjutanten hatten Mühe, sich aus dem Wagen herauszuwinden. Der Zweck der königl. Reisen ist somit vollkommen erreicht. Man ließ in Mailand, was bis jetzt noch an keinem andern Orte geschah, beim Vorüberfahren des Königs die Konvention hoch leben; doch ist dieser Ruf mehr als Demonstration gegen die hiesigen Ereignisse, denn als Verherrlichung jenes politischen Aktes zu betrachten. — Es ist kaum denkbar, daß die Regierung, wie es ihre Absicht ist, schon bis 15. Mai den Umzug nach Florenz bewerkstelligt haben wird; denn noch ist Alles dort im wüthendsten Zustand, und man macht dort weit mehr Vorbereitungen zur Dantefeyer, als zur Aufnahme der Regierung. — Es ist sehr wahr-

scheinlich, daß der Gesetzentwurf über Aufhebung der geistlichen Genossenschaften in dieser Session gar nicht mehr zur Verhandlung gelangt. Zwischen Ministerien und Kammerausschuss herrscht in fast allen Punkten Widerspruch, und zwar nicht allein, was die Ausführung, sondern auch was das Prinzip betrifft. Die Abgeordneten selbst schwanken hin und her, und die Kammermehrheit ist in dieser Frage gänzlich gespalten. Man glaubt, daß ein reiferes Studium dieser Angelegenheit vonnöthen sei, und Regierung sowie Parlament zeigen sich geneigt, die Erledigung derselben der zukünftigen Kammer vorzubehalten.

Turin, 9. März. (W. L. A.) Gestern wurde in der Abgeordneten-Kammer die Verabreichung über die Abschaffung der Todesstrafe fortgesetzt. Der Justizminister Vacca erklärte sich zu Gunsten der Abschaffung, meinte aber, man solle einen günstigeren Zeitpunkt dazu abwarten.

Mailand, 5. März. (Sch. M.) Der Karneval lief diesen Morgen mit seinen Leiden und Freuden zu Ende; außerordentlich groß war der Zustrom von Fremden, aber die Maskenzüge blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Die große Welt entfernt sich immer mehr von den Lustbarkeiten auf den Straßen, und sich jenen in geschlossenen Räumen desto eifriger hinzugeben. So wird es denn bald kommen, daß auch der Mailänder Karneval seinen Namen verliert und der Zustrom der Fremden nachlassen wird. Der Zubehörszug zu Pferd am Freitag und die Laufende von Masken am gestrigen Tag entbehrten des Interesses, während die Festlichkeiten am Hof, in den Theatern, Kasinos und Klubs in höchstem Grad glänzend und luxuriös waren. — Der König verlängert seinen hiesigen Aufenthalt noch um einige Tage, und wird sich dann direkt nach Florenz begeben. Minister Rattoli wird ihn auch diesmal nach der neuen Hauptstadt begleiten.

Frankeich.

Paris, 8. März. Heute lief das Gerücht um, H. Duruy habe seine Entlassung genommen; man vernimmt jedoch im Gegentheil, daß er bleiben werde, weil der Kaiser ihn „auf bessere Zeiten“ vertröstete. Man bemerkt, daß der „Constitutionnel“ (Organ des Hrn. Duruy) die desavouirte Moniteurnote weder gestern Abend noch heute Morgens abgedruckt hat. — Hr. v. Morny ist fortwährend in einem bedenklichen Zustande und — in Folge anhaltenden Fiebers — so geschwächt, daß er gestern den Besuch des Kaisers nicht empfangen konnte. — Morgen beginnt im Senat die Abrethifikation. Ueber die Encyclopaedie werden die Kardinalen Donnet, Mathieu, Bonnehofe und der Erzbischof von Paris, über die September-Konvention Lagueronniere und Kardinal Bonnehofe sprechen. Auch Hr. v. Persigny ist eingeschrieben. — Die 10-Fr.-Ausgabe der „Histoire de César“ ist heute erschienen. gr. 8. 415 S. Text, 7 S. Vorrede.

Heute fand die Wahl des 6. Mitglieds des Presbyterialraths der reformirten Kirche statt; Hr. Guizot erhielt 1298 Stimmen; zunächst steht Hr. Barbeyat mit 1288 St. Hr. Guizot ist übrigens unwohl; der 77jährige Mann ist von einer Gehirnerose befallen. — Der Wetterprophet Mathieu (de la Drôme) ist lebensgefährlich erkrankt. — Es ist neuerdings die Rede von einer Anleihe der Stadt Paris von 300 Millionen, um es Hrn. v. Hausmann zu ermöglichen, mit seinen Expropriationen, Demolitionen und Verschönerungen rasch vorzugehen.

Die Börse war heute sehr flau. Rente fiel auf 67.70, ital. Anl. auf 64.80, Cred. Mob. auf 875; erst kurz vor dem Parquetsschluss wurden die Kurse etwas gehoben. Die Metallvorräthe bei der Bank übersteigen 400 Millionen, und Geld ist abundanter; doch hat man keine Ursache, sich darüber zu freuen; das unbeschäftigte Kapital zeigt von großem, gerechtfertigtem Mißtrauen und völliger Stockung des Handels.

Belgien.

Brüssel, 7. März. (Röm. Ztg.) Das Abgeordnetehaus hat seine Arbeiten heute wieder aufgenommen. Im Beginn der Sitzung legte der Kriegsminister die während der neulichen Debatte eingeforderten Papiere über die merikanische Angelegenheit auf den Tisch des Hauses nieder; dieselben bestehen aus einem Rundschreiben an sämtliche Regimentschefs, und aus den sämtlichen königl. Erlassen, welche belgischen Soldaten Urlaub und die Ermächtigung erteilen, ohne Beeinträchtigung ihrer Eigenschaft als Belgier in merikanischen Dienst zu treten. Es verlautet, daß einige Gegner der Expedition an die Mittheilung dieser Aktenstücke, deren Abdruck im „Moniteur“ auf Hrn. Coomans' Antrag versagt wurde, eine nochmalige Diskussion über jenen nachgerade langweiligen Gegenstand knüpfen wollen. Außerdem brachte Hr. Frère die Budgetentwürfe für 1866, und der Bauminister Vandervelde einen freudig begrühten Gesetzentwurf, welches die Regierung ermächtigen soll, den Personentarif auf den Staats-Eisenbahnen herabzusetzen. Das Haus schritt alsdann zur Fortsetzung der Debatte über die Freigebung des Zinsfußes, dessen erster Artikel genehmigt ward, nachdem man die Inkonsequenz begangen hatte, ein Amendement des Hrn. Pirmez, wodurch auch der Zinsfuß der bestehenden gesetzlichen Beschränkungen wäre entzogen worden, mit 49 gegen 14 Stimmen abzulehnen.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. März. Den „Hamb. N.“ schreibt man: Die Verfassungssache nähert sich nunmehr in der That ihrem Ende, wenigstens sind nur noch einige längere Studien zu durchlaufen. In der Gestalt, welche sie durch die Bauernfreunde im Folkething erlangt hat, ist sie an das Landsting des Reichsraths zurückgesandt, wodurch die ganze Bearbeitung, welche das Landsting in drei langen Verhandlungen, wohl 6 bis 8 Sitzungen, mit dem Regierungsentwurf vorgenommen hatte, gänzlich bei Seite gelegt worden ist. Man kann sich daraus für die Zukunft ein Bild unseres Verfassungslebens malen, wenn ein konservatives Landsting und ein Bauern-Folkething gleich großen Einfluß haben. Man hört jedoch bereits, daß das Landsting ebenso die bauern-

freundlich-solltehingliche Gestalt der Verfassungsvorlage, ebenfalls die Frucht von etwa 8 Sitzungen, gänzlich beseitigen und diejenige, welche es selbst der Verfassung gegeben hat, wieder herstellen will. Ein Anderes wäre der Würde der Ersten Kammer kaum angemessen. Wie man durch einen „gemeinsamen Ausschuss“ eine Einigung erzielen will, ist nicht abzusehen; auch liegt eine solche, nach der Sprache der Bauernorgane zu rechnen, gar nicht in dem Plan der Bauernfreunde.

Kopenhagen, 7. März. Der Generalleutnant v. Serlach, im letzten Krieg Oberkommandirender der dänischen Armee, ist gestorben. Hall dagegen befindet sich wieder besser.

Großbritannien.

London, 7. März. Parlamentsverhandlungen vom 6. März.

Unterhaus. Der Attorney-General beantwortet eine Interpellation Lord Stanley's, die sich auf einen unangenehmen Vorfall im Patentamt bezieht. Der Sekretär dieses Amtes, Hr. Leonard Edmunds, der einem Sohne des Lordkanzlers seinen Posten abgetreten und eine Pension von 800 Pfd. St. erhalten hat, scheint die Kasse nicht ganz korrekt verwaltet zu haben, und hat, nach Herausgabe von über 7000 Pfd. St., noch eine Summe von über 9000 Pfd. St. zu verzeichnen. Der Attorney-General nun sagt, daß die Regierung eine Kriminalklage wegen der fehlenden Summe nicht für angemessen halte, aber die Rückerstattung des Geldes auf zivilgerichtlichem Wege erwirken wolle.

Ventind bringt die steigende Zahl der Unfälle auf Eisenbahnen zur Sprache, und beantragt eine Beschlußfassung des Inhalts, daß es nach der Meinung des Hauses wünschenswert sei, dem Handelsamt oder einem andern Ministerium durch Parlamentsakte die Ermächtigung zu geben, über jeden Unfall eine eingehende und erschöpfende Untersuchung einzuleiten, und von Zeit zu Zeit zur Regelung des Verkehrs auf den Bahnen Verordnungen zu erlassen, welche für die Kompagnien und ihr Dienstpersonal gesetzlich bindende Kraft haben sollten. Jackson sekundirt, Thompson (Präsident der North-Eastern-Bahn-Kompagnie) opponirt. Milner Gibson (Handelsminister) erwidert, daß die vorgeschlagenen ministeriellen Untersuchungen jedes einzelnen Unfalles eine überflüssige und kostspielige Verschwendung von Zeit und Mühe sein würden, da jeder einzelne Fall jetzt schon von der Leobtenschau untersucht würde. Ueber das ganze System des Eisenbahn-Betriebs sei eine königl. Kommission ernannt, und diese werde auch zu begünstigen haben, ob durch irgend eine Gesetzesänderung für die Sicherheit der Reisenden besser gesorgt werden könnte. Was den letzten Theil der vorgeschlagenen Resolution betrifft, so würde das Handelsamt sich wohl hüten, eine so schwere Verantwortlichkeit zu übernehmen und Verordnungen darüber zu erlassen, wie die Kompagnien ihr Geschäft betreiben sollen. Der Antrag wird ohne Abstimmung verneint.

Ferrand bespricht die Ungleichheit des in königlichen und Privatwerken gezahlten Tagelohns; in den ersteren erhalte der Arbeiter 2 Schilling weniger. Gilders erwidert, daß die Angaben des Beredners nicht ganz richtig seien. Was die Arbeiter in königl. Werken verlieren, werde durch andere Vortheile aufgehoben. Die kleinste Erhöhung des Tagelohns, die um 6 P. nämlich, welche Hr. Ferrand vorschlägt, würde dem Land eine jährliche Mehrausgabe von 150,000 Pf. St. aufbürden.

Das Haus geht zur Tagesordnung über und in Komitee über die Marinevoranschläge. Lord Clarence Paget (Sekret. der Admiralität) erklärt die Hauptposten, welche das Komitee zu sanktionieren haben wird. Diese sind: 10,392,324 Pf. St., und 69,570 Matrosen und Schiffsjungen; oder — 316,427 Pf. St., 2200 Matrosen, 500 Küstengewächter und 1000 Marinesoldaten vom Lande weniger als voriges Jahr. Auch die Zahl der Schiffe wird um 6 vermindert, wozu sie sich um 4 Panzerschiffe vermehren wird. Im Lauf des kommenden Finanzjahres soll der Schiffbau 15,115 Tons betragen gegen 18,952 Tons in dem bald ablaufenden Finanzjahr. Die Panzerflotte bestche aus 30 Fahrzeugen, die theils fertig, theils im Bau begriffen seien, und mit Ausnahme des „Northumberland“ sämmtlich zu Ende des Jahres 1865 vollendet sein sollen. Die Regierung beabsichtigt, ein zur Fahrt über Meer geeignetes Dampfschiff nach dem Prinzip des Kapitän Gales zu bauen. Der Sekret. der Admiralität gibt noch einige Auskunft über die in Malta, Cork und Pembroke beschafften Werft- und andern Bauten, wiewohl der von Zeit zu Zeit auftauchende Befehl, daß der Fлотendienst unpopulär sei, und schließt mit dem Antrag auf Bewilligung von 69,750 Matrosen und Schiffsjungen, worunter 17,000 Marine- oder Schiffsoldaten inbegriffen sind. Sir J. Pakington sagt, er habe mit Unruhe verschiedene Gerüchte vernommen, denen zufolge das Land, nach all seinen verschwendetischen Ausgaben, im Fall der Noth keine Flotte habe, die in See stechen könnte. Er habe gehört, daß die Panzerschiffe „Defence“ und „Resistance“ nicht ins Feuer würden gehen können, weil sie bei einer Beschädigung im ungepanzerten Theil augenblicklich sinken würden. Wenn Dem so sei, so habe die Admiralität eine schwere Verantwortlichkeit auf sich geladen. Sir John Lubbock tritt in die Diskussion mit Schärfe die Admiralitätsverwaltung, namentlich in Bezug auf den Schiffbau, und behauptet, daß viele Kriegsfahrzeuge, welche kolossale Summen gekostet hätten, am Ende doch nicht im Stande sein würden, bei schlechtem Wetter sich auf den Ozean zu wagen. Seely behauptet, daß die Bau- und Ausbesserungsrechnungen sehr nachlässig geführt würden und unzuverlässig seien. Nach einigen Worten von Sir W. Miles wird auf die Motion von Sir W. Peto die Erörterung vertagt, und die Sitzung schließt nach einigen anderen Geschäften von untergeordnetem Interesse.

London, 7. März. Von Hrn. Gerard Ralston, dem Generalkonsul für Liberia, und Grafen Lavradio, dem hiesigen portugiesischen Gesandten, ist auf dem Bureau des Letzteren ein Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrs-Vertrag zwischen den beiden Regierungen abgeschlossen und unterzeichnet worden. Wie es in dem Vertrag zwischen den Republiken Hayti und Liberia der Fall ist, enthält auch die portugiesisch-liberische Uebereinkunft einen Paragraphen, der den Sklavenhandel auf gleiche Linie mit der Seeräuberei stellt und mit derselben Strafe bedroht.

England erwartet im Lauf des Sommers zwei hohe Besucher, den Großfürsten Thronfolger von Rußland und den Vizekönig von Egypten. Nikolaus Alexandrowitsch wird seinen hiesigen Aufenthalt, wie verlautet, zum wenigsten auf einen Monat ausdehnen.

Amerika.

Neu-York, 22. Febr. (Nat.-Ztg.) Charleston ist gefallen und die Sternensflagge weht wieder, wie vor vier Jahren, über Fort Sumter, oder über den Trümmerhaufen, der diesen Namen trägt. Was die mit schweren Opfern an Menschenleben verbundenen Kämpfe auf Morris Island, was das entsetzlich kostspielige Bombardement des Forts Sumter und der Stadt Charleston nicht bewirkt hat, das hat Sherman's unblutiger Flankenmarsch von Savannah nach der Staatshauptstadt von Süd-Carolina bewirkt. Nachdem er Branchville aus der Flanke gehoben und Beauregard gezwungen hatte, nach Columbia zurückzuziehen, schob er diesem schnell seinen linken Flügel nach. Am Abend des 16. erschienen die Bundesstruppen auf dem südlichen Ufer des Congaree, der Stadt Columbia gegenüber, und warfen dieser einige eiserne Visitenkarten zu. In der Nacht marschirten sie ein wenig westwärts und überschritten den Saluda und den Broad-Fluß, aus deren Vereinigung sich bei Columbia der Congaree bildet; doch noch in derselben Nacht wich Beauregard schleunigst nordwärts an der nach Charlotte (in Nord-Carolina) führenden Eisenbahn zurück, und die Bundesstruppen zogen unbehelligt ein. Es war so eilig zugegangen, daß Beauregard nur einen Theil der großen Militärvorräthe, welche sich in der Stadt befanden, hatte mitnehmen oder zerstören können. Unter den Gegenständen, welche er mit Bedauern zurücklassen mußte, befanden sich 102 Papiergeld-Druckpressen in dem Etablissement von Evans und Coggs-well. Hier wurden die herrlichen „Konsolidirten-Papierthaler“ fabrizirt, deren man am 13. Februar in Richmond 65 für einen Goldthaler bezahlte. Vielleicht werden sie nun, da die weitere Fabrikation auf einige Zeit unterbrochen ist, so im Werthe steigen, daß sie wenigstens einen Dreier gelten, statt anderthalb Pfennige. Im Columbia angelangt, landete Sherman ohne Verzug eine Kolonne seiner Armee nordwärts nach Charlotte zu, die andere rechts hinüber an der nach Wilmington führenden Eisenbahn entlang. In der folgenden Nacht war Charleston erobert.

Vielleicht der größte Werth der bisherigen unblutigen Erfolge Sherman's besteht in der dadurch bewirkten Beschleunigung der Werbungen im Norden, die nun auch im Allgemeinen ein besseres Material ergeben, als im vorigen Sommer und Herbst, und in der gleichzeitigen Demoralisation der Soldaten des Südens. Vergebens hat der Generallieutenant Lee einen Generalpardon für alle Deserteure verkündet, die binnen 20 Tagen zu ihrer Fahne zurückkehren. Noch nicht einmal die Zahl der neuen Deserteuren hat er dadurch zu vermindern vermocht. Während der vorigen Woche trafen täglich im Durchschnitt 70 Deserteure in den Bundeslinien ein. Alle ohne Ausnahme stimmen darin überein, daß die tiefste Entmutigung und Hoffnungslosigkeit unter ihren Kameraden herrscht, daß sie die Sache des Südens verloren geben, und nur die eiserne Strenge sei bei der Fahne hält. Vielleicht würde man auf Angaben aus solcher Quelle wenig Gewicht zu legen haben, wenn sie nicht durch jede Zeile der eben so viel Wuth wie Verzweiflung athmenden Richmonder Zeitungen bekräftigt würden.

Paris, 8. März. (N. A. Ztg.) Das paraguayische Expeditionskorps hält die Provinz Matto Grosso besetzt, die Festung Coimbra ist nach eintägigem Widerstand genommen worden. Die Brasilianer haben zwei Kanonendöbte, mehr als hundert Artilleriegeschütze, eine große Menge von Waffen und Munition eingekauft. Ein 20,000 Mann starkes Armeekorps von Paraguay ist im Anmarsch auf Montevideo, um diesem Hilfe zu bringen. Es wird gleichzeitig die brasilianische Provinz Rio Grande besetzt.

Baden.

Heidelberg, 8. März. In der Leitung unseres hiesigen Stadttheaters wird für die künftige Theatersaison eine Aenderung eintreten, indem der jetzige Direktor, Hr. Widmann, den Vertrag gekündigt hat. Das Ausschreiben der Sakatur (mit der geringen Kaution von 800 fl.) ist bereits von Seiten des hiesigen Theaterkomitees erfolgt. Hr. Widmann führte die Direktion 4 Jahre lang zur allgemeinen Zufriedenheit, und es schienen ihm nur Familienverhältnisse zu diesem bedauerlichen Schritt veranlaßt zu haben.

Vermischte Nachrichten.

Lüdingen, 7. März. (Sch. M.) Am 2. März fand das Zeichenbegängnis des auch in weiteren Kreisen bekannten Universitäts-Stallmeisters Major v. Falkenstein statt. Sein Tod wurde durch den Schlag eines Pferdes herbeigeführt, welcher ihn während des Reitunterrichts traf und ihm den Fuß zerschmetterte.

Barmen, 7. März. Der „Berl. Börsenztg.“ wird von hier telegraphirt: Die große Ostrmann'sche Seearbeiter-Fabrik steht in Flammen. Das Feuer hat bereits eine furchtbare Ausdehnung erlangt. Mehrere Menschen sind verbrannt. Es scheint nahezu ein Totalverlust zu werden.

Dresden, 4. März. (Konst. Ztg.) Gestern Abend hielt der Festauschuss für das bevorstehende allgemeine deutsche Sängerverbandesfest seine 50. Sitzung. Bereits sind 16,600 Sängereingemeldet, darunter 8800 Sachsen. Im Ganzen sind bis jetzt 54 Sängerbünde, 22 Vereine und 6 Deputationen angemeldet. Beim Feste selbst sind vermutlich 24,000 Sängere zu erwarten. Außer den zur Aufführung gewählten Kompositionen waren noch 8 als preiswürdig bezeichnet worden. Von diesen haben die Verfasser von zweien die Dichtung ihrer Motte verlesen. Bei der Entfesselung der 6 übrigen ergaben sich folgende Namen: Gesang der wandernden Musensöhne, von E. Moquette; Friedrich Reichel, Dirigent d. Dresd. Liedert.; Walhalla, von Lingg; Musfildir. S. v. Senger (aus Nordlingen) in Et. Wallen; Schwur, von A. Grün; Musfildir. L. Liebe (aus Magdeburg) in Stragburg; Seemorgen, von Lenau; J. Holzinger, Direktor d. Liedert. in München; Auf der Wacht; Ghorbirg. Scherer in Nürnberg; Nacht des Gefanges, von Helene von Dreitans; Stadtkantor König in Sonderhausen. Befuß der Wahl eines Festspruchs waren von 45 Verfassern 200 Sprüche eingereicht worden. Ein Ausschuss hatte daraus eine Zahl von 32 ausgewählt.

Berlin, 7. März. (Z. M.) Die Königin hat dem Komitee des Vereins „Berliner Presse“, welcher eine Vorstellung zum Besten

Guykow's gestern veranstaltet hatte, ein halbreichiges Kabinettskreiden zugehen lassen, worin die hohe Frau bedauert, der Vorstellung wegen der kürzlich eingetretenen Familientrauer nicht haben beivoohnen zu können, und Ihren Kabinettssekretär beauftragt, dies dem Komitee, unter Ueberweisung eines bedeutenden Geldbeitrags, anzuzeigen. Die Vorstellung hatte übrigens in jeder Beziehung ein glänzendes Resultat. Das größte Theater Berlins, das Victoria-Theater, vermochte bei erhöhten Preisen die Zahl der Zuschauer nicht zu fassen, so daß das Orchester geräumt werden mußte. Das Komitee wird, ohne daß es irgendwie sich anders als durch Anzeigen an das Publikum gewandt, einen Reinertrag von 1200 Thirn. abliefern können.

Berlin, 7. März. Es liegt in der Absicht des Kultusministers, aus Staatsfonds eine entsprechende Summe in der Art zur Verwendung zu bringen, daß dafür Lehrkräfte im Turnunterricht für im Amt befindliche Elementarlehrer eingerichtet werden, um sie dadurch zur Einführung und Betreibung des Turnunterrichts in den Schulen geeignet zu machen. Im diesjährigen Budget soll zu diesem Zweck ein Fonds ausgeworfen werden. Der Hr. Kultusminister hat bereits in dieser Angelegenheit an die Regierungen Erlasse gerichtet, um geeignete Vorschläge über die Einrichtungen der Kurse entgegenzunehmen. Mit Ablauf des gegenwärtigen Quartals werden übrigens 41 ausgebildete Turnlehrer entlassen, zu deren zweckmäßigen Placement die Regierungen bereits vom Kultusminister angewiesen worden sind.

Ueber eine furchtbare Feuersbrunst, welche am 20. Febr. wieder in Konstantinopel gewüthet, wird gemeldet: „Nicht neben dem katholischen Kloster St. Benedikt, in dem Stadttheil Galata, stand ein hölzernes Haus, in welchem am Abend eine kleine Karnevalsgesellschaft versammelt gewesen war. Um Mitternacht brach darin Feuer aus. Das angrenzende Waisenhaus der barmherzigen Schwestern, ein großes, vierstöckiges Gebäude, war gleich von Anfang an in äußerster Gefahr. Ueber 100 kleine Mädchen befanden sich darin und lagen noch im festesten Schlaf, als das Feuer schon am Holzwerk des Hauses emporleckte und die große Treppe bereits in Flammen stand. Es gelang indeffen den Schwestern, die ihrer Pflege anvertrauten Mädchen sämmtlich über eine Nebentreppe nach dem Hof des Klosters St. Benedikt zu retten; die letzten Kleinsten mußten freilich durch Rauch und Flammen hinabgetragen werden. Kaum war das Haus geräumt, als seine aus Stein ausgeführte Fassade in die enge Straße Notre-Dame hinabstürzte, die man gerade durch diese steinerne Mauer geschützt glaubte und in welcher Bompiers, Soldaten, ihre Habseligkeiten stüchsende Anwohner und zur Rettung herbeigeeilte Freunde derselben in einem dichten Nebel sich drängten. Ein furchtbarer Schrei durchstieß die Luft; es folgte ihm ein noch schrecklicheres Schweigen. Die Mauer war in einer Ausdehnung von 200 und in einer Höhe von 100 Fuß über einer Straße zusammengeklürzt, die kaum 15 Fuß breit war! An Rettung der Häuser gegenüber war nicht mehr zu denken. Bis 5 Uhr Morgens wüthete über die Notre-Dame- und Benediktstraße hinweg das Flammenmeer, so daß von den Dächern der benachbarten Kirchen das geschmolzene Blei wie ein Regen herniederfloß. Vierzig Häuser sind niedergebrannt; die Verluste an Menschenleben wurden auf die Zahl von 100 angegeben; viele Bompiers und Soldaten nebst ihren Offizieren befinden sich darunter. Dem Großmeister der Artillerie, Halil Pascha, welcher mit dem Großadmiral Bessim Pascha durch den Schauplatz der Feuersbrunst geilt war, wurde sein Adjutant, Cheraf Efendi, erschlagen. Dessenliche Sammlungen sind im Gang, um die Noth der Abgebrannten zu lindern.“

London, 7. März. Den Schiffs von London ist von Sir G. Grey die Mitteilung zugegangen, daß die Hinrichtung des wegen Ermordung W. Harrington's zum Tode verurtheilten Serafino Pelizzoni auf unbestimmte Zeit (during Her Majesty's pleasure) hinausgeschoben worden ist. Der Staatssekretär des Innern scheint sich Zeit nehmen zu müssen, um im Verein mit den zu konsultirenden Richtern die an sich jetzt freilich einfache, aber von formalen Schwierigkeiten umgebene Sache zum Austrag zu bringen. Daß Pelizzoni schließlich in Freiheit gesetzt werden muß, unterliegt keinem Zweifel, nachdem Gregorio Moggi schon wegen jener That seine Zuchthausstrafe angetreten hat. Hr. Regretti, dessen unermüdeten Nachforschungen die Verhütung eines Justizmordes zu danken ist, legt in einem von mehreren Blättern veröffentlichten Brief der Polizei grobe Pflichtvernachlässigung zur Schuld. Er zählt eine Reihe von Umständen auf, welche auf Moggi, nicht aber auf Pelizzoni als den Verbrecher hinweisen und die alle der Polizei bekannt gewesen seien, und schließt mit den Worten: „Der Polizei war es nie ernstlich darum zu thun, Moggi ausfindig zu machen; denn sie wußte, daß die Vorfürung dieses Mannes den Erfolg haben würde (den sie auch hatte), daß Pelizzoni schuldlos dastehen werde, und die Enttastung Pelizzoni's hätte der Polizei, nachdem sie ihn des Mordes beschuldigt, nicht sehr zum Lobe gereicht. Deshalb zog ich es vor, Moggi selbst ausfindig zu machen, statt der Polizei die Sache zu übergeben.“

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

7. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	4.80"	+ 28	S.W.	leicht bew.	trüb, kühl
Mittags 2 "	5.02"	+ 34	W.	" "	" regnerisch
Nachts 9 "	5.26"	+ 30	" "	" "	" mild
8. März.					
Morgens 7 Uhr	4.02"	+ 32	W.	leicht bew.	Sonnenkl., mild
Mittags 2 "	4.03"	+ 4.5	S.W.	bedeckt	trüb, regnerisch
Nachts 9 "	4.31"	+ 3.0	" "	leicht bew.	lhr., Nachs. etw. R.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 10. März. 2. Quartal. 37. Abonnementvorstellung. **Gleich und gleich;** Lustspiel in 2 Akten, von Moritz Hartmann. **Violinkonzert;** vorgetragen von Hrn. Freiberg, Mitglied des großh. Hoforchesters. Zum Beschluß: **Ein ungeschliffener Diamant;** Genrebild in 1 Akt.

Sonntag 12. März. 2. Quartal. 38. Abonnementvorstellung. **Robert der Teufel;** große Oper mit Tanz in 5 Akten, von Meyerbeer.

